

KREMSENER NACHRICHTEN

Presseklage gegen KPÖ gescheitert!

Österreich: Teuerste Parteienfinanzierung der Welt

Erscheinungsort, Verlagspostamt: 3500 Krems – Nr. 2-2009

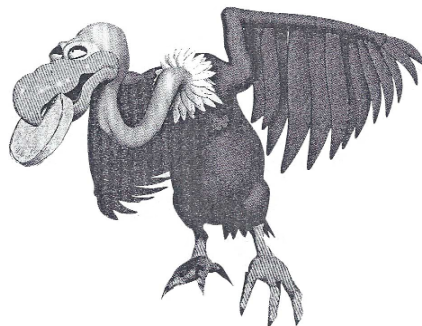


Stadtfinanzen 2010 – düstere Aussichten!

2009 hat man noch optimistisch die Sanierung der Stadtfinanzen beschworen. Die Erwartungen für 2010 sind eher beängstigend.

Neben dem Anwachsen der Schulden durch den **4-Millionen-Kauf** wertlosen Aulandes, der **Gozzoburg-Pleite**, **Verlusten aus Zinsabsicherungen** sowie dem Neubau des Schulzentrums – als 28 Millionen teurem Brocken – wird das Stadtbudget noch andere Schwierigkeiten zu meistern haben. Zum Schulprojekt kommen noch eine teure Verkehrsinfrastruktur (2 Kreisverkehre) und Grünanlagen dazu.

Die Anteile der Stadt an den Bundessteuereinnahmen werden stark rückläufig sein. Ebenso die



Einnahmen aus der Kommunalsteuer, da Krems noch mehr als die heute bereits 1800 Arbeitslosen erwartet.

Gleichzeitig werden die Finanzzuschüsse an die stadteigene KIG (Kremser Immobiliengesellschaft) wegen dem Schulneubau

und der Gozzoburg stark steigen. Ebenso die an das Land zu zahlenden Umlagen und der Krankenhausbeitrag.

Das **Ziel** eines **ausgeglichenen Budgets** wird **kaum zu erreichen** sein. Andererseits steht die Landesaufsicht bei Darlehensaufnahmen zur Abdeckung von Neuverschuldungen voll auf der Bremse und verlangt immer **Bedeckungsnachweise** für die Rückzahlungen.

Man wird nach den Parkgebühren und Stadtbustarifen vermutlich kräftig an anderen **Gebührenschauben** drehen (z. B. Müll, Wasser, Kanal, Bestattung und Friedhof) und uns **Bürger** erneut **kräftig** zur Kasse bitten.



*Die Bezirksleitung der
KPÖ-Krems
wünscht allen Kremserinnen
und Kremsern
frohe Festtage, sowie
Glück und Gesundheit
im neuen Jahr*

Die Gozzoburg-Pleite wird der Stadt noch viel Geld kosten!

Ein Mittelalterfest zur **Eröffnung der Gozzoburg** durch Bgm. Hölzl war der **Wahlkampfauftakt** zur letzten Gemeinderatswahl 2007. Von Bgm. Hölzl wurde das Projekt als Zusammenarbeit von Stadt und Hypobank (**Private Partnership Modell**) dargestellt.

Längst ist die dazu gegründete **GmbH pleite**, aber die Renovierung ist noch nicht abgeschlossen. Angekündigt ist, dass die Stadt die **Gesellschaftsanteile der Hypo zum Nominale** übernimmt und die Gozzoburg in die stadteigene „KIG – Kremser Immobiliengesellschaft“ eingliedert. Zu befürchten ist aber, dass dabei auch der Hypoanteil an den gesamt 9,2 Millionen Euro

Schulden von der Stadt **mitgekauft** wird.



Gab es da von Hölzl nicht kommunizierte diesbezügliche Vereinbarungen?

Dieses verlustreiche Spiel hatten wir schon einmal bei der Messe AG, als die Stadt um

bares Geld für die Aktien der anderen Teilhaber deren Millionenschulden gekauft hat.

Es ist immer das gleiche Spiel. Für ein Projekt ist kein Geld da. Man gewinnt Privatkapital zum Mitmachen und zieht es medienwirksam durch. Wenn sich dann Verluste statt Gewinne ergeben, übernimmt man dann die ganze Gesellschaft und **sitzt auf den Verlusten**.

Der **Verlust** bei der Gozzoburg aus den laufenden Betriebskosten etc. wird zwischen **15.000 und 30.000 Euro im Jahr** betragen. Die neuen **Millionenschulden** sind dabei noch nicht bewertet.



„**Zocken? Nein, wir haben ja Schulden**“, lautete die Überschrift der NÖN am 3. August zum Thema konservative Finanzpolitik unserer Stadt. Aktien, Risikopapiere? Nein, danke! Im Gegensatz zu anderen Kommunen setzt man in Krems nur auf die Bedeckung von Darlehen mit krisenfesten Lebensversicherungen. Bgm. Rinke hält nichts von Spekulationen. Im Gegenteil, die Krise habe uns Vorteile bei der Schuldentrückzahlung beschert, wird berichtet. Dem Finanzstadt-

Hat Krems doch gezockt?

rat wird ein positives Zeugnis ausgestellt.

So glatt scheint die Krise aber auch in unseren Stadtfinanzen nicht über die Bühne gegangen zu sein. 2006 hatte man bei verschiedenen Bankinstituten Zinsabsicherungen getätigt. Diese Absicherungen wie zum Beispiel **CMS Spread swaps** vergleichen verschiedene Zinskurven miteinander. Der Kunde muss entweder nachzahlen oder er gewinnt die Zinsdifferenz. Nicht überraschend: In dieser Krise hat auch unsere **Stadt kräftig verloren**. Bei einer der Absicherungen soll ein **Verlust von 250.000 Euro** die Stadt treffen. Hat man den **spekulativen Charakter dieser Zins-**

absicherung nicht erkannt, obwohl zum Berichtszeitpunkt Anfang August der Schaden schon längst eingetreten war? Oder wollte man besser dastehen als viele der wegen Spekulationsverlusten angegriffenen Bürgermeister (z. B. Mautern)? Sicher hat man bei anderen Darlehen durch die in der Krise sinkenden Zinsen Vorteile realisieren können, aber in diesen Fällen hat man doch Spekulationsverluste erlitten.

Die Vorteile durch niedrige Zinsen hatten und haben wir bitter nötig, denn sonst hätten wir noch früher als Oktober die Darlehensrückzahlungen einstellen müssen.



GR Franz Kral

Sehr geehrte Kremserinnen und Kremser,

die letzten beiden Gemeinderatssitzungen haben für unsere Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger wenig Erfreuliches gebracht. Bürgermeisterin Rinke hat die größten Brocken in den nicht öffentlichen Teilen der Sitzungen behandeln lassen, um die Berichterstattung zu erschweren.

*In der Septembersitzung wurde beschlossen, die **Darlehensrückzahlungen** seitens der Stadt für den Rest dieses Jahres einzustellen, da schlichtweg kein Geld mehr dafür vorhanden ist. Entgegen düsterer Wirtschafts- und Steuereinnahmeprognosen war man im Frühjahr in ÖVP und SPÖ optimistisch, das Nulldefizit auch 2009 halten zu können, und bejubelte eine Rücklage von 1,6 Mill. Euro. Jetzt entpuppen sich diese Jubelmeldungen als erneute Fehleinschätzungen. Da halfen auch die medienwirksamen Verweise auf Mitwirkung von hochgelobten ÖVP-Größen wie Dr. Taus und Dr. Haiden bei den Finanzplanungen für unsere Stadt nicht.*

*Im Oktober dann der nächste **Tiefschlag für die Stadtfinanzen**: Man hatte vergessen, dass Bgm. Hölzl an seinem letzten Arbeitstag als Stadtoberhaupt noch schnell einen **4-Millionen-Euro-Kaufvertrag für wertloses Auland** unterschrieben hatte. Man zahlte 32 statt der üblichen ca. 0,60 Euro pro Quadratmeter. Sich jetzt auf einen pensionierten Beamten auszureden, zeigt die Verantwortungslosigkeit unserer schwarzen Stadtobersten und ihres obersten Beamten.*

Wieso wurde der Vertrag nicht wie vorgeschrieben von zwei weiteren Stadtsenatsmitgliedern unterschrieben? Wer hat den Vertrag mit den fehlenden zwei Unterschriften an den Verkäufer weitergeleitet? Warum wurde der Gemeinderat danach nicht informiert? Wieso wurde seinerzeit keine Risikorücklage gebildet? War der Vertrag bis jetzt versteckt, nachdem man erst jetzt den Gemeinderat darüber informierte? Statt Aufklärung ein Stillschweigebeschluss zur Vertuschung!

Dieser 4-Millionen-Skandal ist ein neuer Höhepunkt schwarzer Misswirtschaft.

Sie erinnern sich sicher noch an unsere Berichte zu anderen für die Stadt verlustreichen Fällen: fünf Millionen beim Bürgerspital, die millionenteure Sanierung der Messe-AG mit dem unsauberen Stadtsaalverkauf und Verscherbeltung der sanierten Messe um wenige zehntausend Euro, Verkauf eines Ringstraßengebäudes ohne Ausschreibung, der kostenmäßig missglückte Umbau des Wasserwerkgebäudes Bertschingerstraße durch einen ÖVP-Stadtrat, die Gozzoburg-Pleite oder der bereits von Bgm. Rinke zu verantwortende Verlust von 150.000 Euro durch die rechtswidrige Privatisierung der Hortgebühreneinhebung.

Immer wieder wurde unsere Kritik zurückgewiesen, Prüfberichte blieben ohne Konsequenzen, man macht noch immer im alten ÖVP-Misswirtschaftstrott weiter. Die SPÖ hat sich meistens als ÖVP-Steigbügelhalter gesehen und kaum einmal Konsequenzen verlangt. Getreu dem ÖVP-Parteislogan „Weniger Staat – mehr privat“ landen daher immer höhere Beträge an öffentlichen Geldern ungerechtfertigt oder mit schiefer Optik in privaten Händen.

*Die durch die **Aussetzung der Darlehensrückzahlungen** offenkundig gewordene finanzielle Schiefelage der Stadt wird durch diesen neuen ÖVP-Skandal noch um 4 Millionen Euro auswegloser.*

Unsere Stadt kommt trotz regelmäßig wiederkehrenden Schönredens und mieser Gebührentricks nicht aus seiner Überschuldung heraus.

Um sich diese Misswirtschaft leisten zu können, muss man natürlich die Bürgerinnen und Bürger immer mehr zur Kasse bitten. Folgerichtig hat man daher die Parkgebühren um 100 Prozent erhöht, fleht die Landesregierung an, „Grüne Zonen“ zu erlauben, um noch

(Fortsetzung auf Seite 4)



(Fortsetzung von Seite 3)

mehr Parkende abkassieren zu können. ÖVP und SPÖ waren sich auch nicht zu blöd, Mieten vom stadteigenen Abfallwirtschaftsamt für die Müllsammelstellen auf öffentlichem Grund zu beschließen, um diese später in noch höhere Müllgebühren einfließen zu lassen. Man verrechnet für 78 Umweltinseln 1.200 Euro und 41 einzelne Sammelcontainer 300 Euro pro Jahr, natürlich an den Preisindex gebunden. Dabei zahlt man ja für die dort gesammelten Verpackungsabfälle beim Kauf schon ARA-Gebühren. Es wird also doppelt kassiert. Die Gebührenerhöhungen und Müllplatzmieten haben natürlich auch die Zustimmung der SPÖ erhalten. Seit einigen Monaten ist der Stadtbusverkehr am Samstag ab Mittags eingestellt und das bei erhöhten Tarifen! Vor einiger Zeit hatte man wegen der EU-Gleichbehandlungsvorschriften die Bestattungstarife neu geregelt. Es gab den Tarif für Kremser Bürgerinnen und Bürger und einen weitaus höheren für die wenigen auswärtigen Verstorbenen, die in Krems beigesetzt wurden. Natürlich hat man den Tarif für uns Kremser auf den Auswärtigentarif angehoben und nicht den selten benutzten Auswärtigentarif aufgelassen. Seitdem wird Sterben in Krems für die Hinterbliebenen immer mehr zur Kostenfalle.

Seit Jahren haben wir ständig Gebührenerhöhungen und Leistungseinschränkungen, ohne dass sich der enorme Schuldenberg der Stadt verringert hätte, im Gegenteil: Er wächst immer mehr. Das im Bau befindliche Schulzentrum wird den Schuldenstand der Stadt – wenn auch indirekt – um weitere 28 Millionen Euro erhöhen. Die Verkehrsinfrastruktur, Grünanlagen etc. noch nicht eingerechnet. Dabei ist das Projekt in pädagogischer Hinsicht selbst und das nunmehr gewählte Baugelände immer mehr umstritten.

Als KLS-Gemeinderat werde ich auch in Zukunft keiner Gebührenerhöhung ohne gleichzeitiger Leistungsverbesserung zustimmen, denn zur Sanierung von ÖVP-Skandalen ist mir Ihr Geld ehrlich zu schade.

Werte Kremserinnen und Kremser! Beim Bezahlen der höheren Parkgebühren sollten Sie zukünftig an die Hintergründe denken, die zu dieser Erhöhung geführt haben. Wenn man wieder einmal von Finanzkonsolidierung, Notwendigkeit der Zukunftsgestaltung etc. flunkert, glauben Sie es nicht, denn Sie wissen ja „wer einmal lügt, dem glaubt man nicht“, und es war ja schon mehrmals so!

Freundliche Grüße und schöne Feiertage

Ihr KLS-Gemeinderat

Der Versuch, uns mundtot zu machen, ist gescheitert!

Unsere Berichterstattung in den „Kremser Nachrichten“ zum Verkauf der seinerzeitigen Wachauer Messe AG, des Stadtsaales und des Hauses der ehemaligen Stadtbibliothek an der Ringstraße hat zu einer **Presseklage** gegen uns geführt.

Man verlangte eine „Gegendarstellung“ nicht nur in unseren „**Kremser Nachrichten**“, sondern auch in der Krone und der NÖN. Dies wäre uns natürlich sehr teuer

gekommen. **Die Klage wurde abgewiesen.**

Zwischenzeitlich liegt von anderer Seite eine **Sachverhaltsdarstellung** zu den Vorgängen um den Stadtsaalverkauf bei der **Korruptionsstaatsanwaltschaft** in Wien.

Es tut uns leid, dass sich eine Person angegriffen fühlte, der wir nichts Unrechtes vorgeworfen haben. Unsere **Vorhaltungen** in dieser Sache, die der Stadt rund eine Mil-

lion Euro **Verlust** brachte, gelten und galten **Bgm. Hölzl** und der **ÖVP**.

Wir werden weiter im Sinne der Kremser Bürgerinnen und Bürger über Unregelmäßigkeiten berichten. Denn es ist unser Steuergeld, um das es geht. Und dafür dürfen wir alle Transparenz und Sparsamkeit erwarten.

„Kremser Nachrichten“ – ehrlich informiert



AUS MEINER SICHT



von
**Mag. Wolfgang
MAHRER**

Zwei Jahre Bgm. Rinke – neue Kremser Politik?

Die VP-Wahlstrategen Prölls hatten vor der Wahl erkannt, dass Hölzl wohl doch zu viele Skandale (Bürgerhospital, Messe-AG etc.) zu verantworten hatte. Von Beginn an den Bürgermeisterkandidaten auszutauschen, wäre ein Schuldeingeständnis gewesen. So durfte Hölzl zwar als Spitzenkandidat antreten, aber mit dem Trick, 80 ÖVP-Kandidaten zu nominieren, und den, der die meisten Namensstimmen bringt zum Bürgermeister zu wählen (Krems hat insgesamt 40 Gemeinderäte, davon 20 ÖVP!). Dadurch konnte man parallel zu Hölzl, ohne ihn offiziell zu demontieren, die Landtagsabgeordnete Rinke mit viel Werbeunterstützung in die Wahlschlacht schicken. Positiver Nebeneffekt: Familien und Freundeskreise mobilisierten alles, um „Ihren“ Bürgermeisterkandidaten zumindest einen der ÖVP-Gemeinderatssitze zu erkämpfen. Der gemeinsam mit einer Boulevardillustrierten entwickelte Slogan „Krems, die lebenswerteste Stadt Österreichs“ ließ die Stimmung in Krems wieder zugunsten der Schwarzen umschlagen.

Die Taktik des schwarzen Landesvaters ging voll auf. Damit lächelt seit nunmehr zwei Jahren Inge Rinke als Bürgermeisterin und als Retterin der ÖVP-Dominanz tagtäglich von unzähligen Pressefotos.

Was hat sich aber für Krems, seine Politik und Stadtfinanzen geändert? Unbestritten, das Klima ist freundlicher geworden. Im Stadtsenat ist das alte VP-Team geblieben, nur die Sozialstadträtin wurde ausgetauscht, so zeigt man Kontinuität. Der SPÖ hat
(Fortsetzung auf Seite 6)

Österreichs Parteienfinanzierung, die teuerste der Welt!

In der deutschen Wochenzeitung „Die Zeit“ vom 20. August d. J. wurde endlich ein dunkles Kapitel unserer Parlamentsparteien aufgezeigt. Die Überschrift des Artikels „Der Bauch der Republik – Parteien kennen keine Krise. Nirgendwo wird Politik so großzügig gefördert wie in Österreich“. Eine Rezension des Buches „Politikfinanzierung in Österreich“ (Czernin Verlag) des österreichischen Politikwissenschaftlers DDr. Hubert Sickinger, welcher auf 528 Seiten beschreibt, mit welcher Frechheit und Maßlosigkeit unsere Politiker sich an den Steuertöpfen bedienen. In Deutschland ist die Parteienförderung bei 10-facher Bevölkerung um insgesamt 133 Millionen Euro niedriger als in Österreich! Abgeordnetenbezüge sind in Österreich viermal so hoch wie unser aller Durchschnittseinkommen. In Deutschland ist es „nur“ das 2,5-fache, in Großbritannien das 3-fache.

Gegen diese Selbstbedienung gibt es keine Opposition, da alle Parlamentsparteien sich widerspruchslos ihre Taschen füllen, trotz Riesendefiziten. **Als Parteienfinanzierung gibt es in Deutschland 0,70 Euro pro erhaltener Stimme, in Niederösterreich unglaubliche 9,00 Euro pro Wahlberechtigten!**

Von 1988 bis 2009 stieg die Parteienfinanzierung im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt und Einkommen

überproportional, beim Bund um satte **569 Prozent**, bei den Ländern um 512 Prozent!

Im Jahr 2009 werden alle Parlamentsparteien zusammen 294 Millionen Euro den Steuertöpfen entnehmen. Ob man da nicht etwas Besseres damit machen könnte, als Parteipropaganda auf Staatskosten zu finanzieren?

Zitat aus dieser Buchrezension: „... es ist nicht die Höhe ... die den eigentlichen politischen Missstand darstellt. Der Skandal besteht in dem undurchdringlichen Dunkel des Systems. Darin breiten sich die systematische Umgehung von Gesetzen, illegitime, ja illegale Praktiken und Korruption aus. In dieser Finsternis können staatliche Ämter missbraucht werden, bis hin zum Kauf positiver Berichterstattung in den Medien. Darin blüht der Klientelismus, werden dubiose Spenden verborgen. Die Verfilzung von politischen und wirtschaftlichen Interessen wird darin zur politischen Normalität. Skandalös ist die Verweigerung jeglicher Kontrolle und jeder Debatte über Angemessenheit, Grenzen und Auflagen der Parteienfinanzierung.“



Mehrmals habe ich mich in den „Kremser Nachrichten“ schon diesem Thema gewidmet, da ich es so wie der Buchautor als lebensbedrohlich für die Demokratie erachte. Andere Medien vermeiden solche Berichte, da

(Fortsetzung auf Seite 8)

AUS MEINER SICHT

Zwei Jahre Bgm. Rinke – neue Kremser Politik?

(Fortsetzung von Seite 5)

Rinke den Sessel vor die Tür gestellt und die Koalition nicht verlängert. Die Roten hatten, trotz Koalition, zu unverfroren die schwarze Vormacht brechen wollen. Als Dank für die FPÖ-Stimmen bei der Bürgermeisterwahl bekam die FPÖ mit GR Dr. Rosenkranz die Leitung des Kontrollausschusses. Wohl auch in Erinnerung an alte gemeinsame ÖVP-FPÖ-Koalitionen, womit 1957 die ÖVP-Dominanz begründet wurde. Es war auch ein Wink an die SPÖ: Der alte Bürgerblock ist nicht ganz tot. Die SPÖ demonstriert seither „Zusammenarbeit“ bis zur Selbstaufgabe!

Wenn jetzt angeblich Rosenkranz Hölzl anzeigt, scheint es als Parteihack. Wenn eine solche Anzeige gerechtfertigt ist, hätte sie eigentlich bereits vom Magistratsdirektor erstattet werden müssen. Hölzl würde das aber vermutlich als parteiinternen Verrat betrachten und könnte Hintergründe aufdecken, die vielen Parteifreunden und auch dem Landhaus mehr als unangenehm wären (z. B. die Empfänger der 60.000 Euro teuren Weingeschenke des von ihm in die Pleite gewirtschafteten Bürgerspitalfonds, Hintergründe des Verkaufs von Messe-AG und Stadtsaal etc.). So erledigen sich zwei Fliegen auf einen Schlag: Das bürgerliche Lager spielt gemeinsam Saubermann. Dabei wird der unliebsame Vorgänger Hölzl, der Rinke einst als Vizebürgermeisterin absetzte, wie es scheint endgültig erledigt.

In Sach- und Finanzfragen wird aber der alte VP-Machtkurs von den alten VP-Granden weiterspielt.

Im Folgenden einige Beispiele:

Bürgerrechte und Mitbestimmung: Wenn es um Interessenskonflikte von Bürgerinnen und Bürgern bzw. Bürgerbewegungen mit Immobilienentwicklern geht, werden Vorbringen abgeblockt. Der

Initiativantrag für Bebauungspläne für ganz Krems wurde im Gemeinderat nur mit einem VP-Abänderungsantrag zur Abstimmung gebracht. Letzterer hat den Inhalt so verdreht, dass der alte bürgerfeindliche Zustand bleibt. Profitinteressen der Immohaie gerettet! Das Verkehrskonzept „Am Steindl“ – für September zugesagt – fehlt noch immer!

Wie schon öfters zuvor hat der Verwaltungsgerichtshof (VWGH) jetzt wieder einen Baubescheid aus 2006 für ein zwischenzeitig fertiges Eigentumswohnhaus als rechtswidrig aufgehoben. Unser Stadtsenat hatte die Vorbringungen der Anrainerin nicht berücksichtigt. Die Dame hat es leider nicht mehr erlebt, dass sie doch noch Recht bekam! Ich bin gespannt, wie die Stadt die Rechtsnachfolger entschädigt. Ein Bebauungsplan hätte dem wohl vorgebeugt.

Verwaltung: Die Verwaltung besonders der Kremser Stadtwerke wurde gründlich umorganisiert. Wobei natürlich die leitende Beamte wegen SP-Nähe viel an Kompetenz verlor. („Umfärbung“ nannte man das bei Polizei und Innenministerium.) Tarifierhöhungen sind rein parteiintern wohl leichter „vorzuplanen“, obwohl die SPÖ eh nie nein sagte. Nochmals eine miserable Presse, wegen einer vom VWGH als rechtswidrig aufgehobene Gebührenverordnung will man lieber nicht riskieren.

Finanzplanung: In der Verwaltung und Finanzplanung scheint mir entweder Chaos oder Verschleierung vorzuherrschen. Sonst kann es nicht möglich sein, dass ein 2007 von Hölzl unterschriebener Vier-

Millionen-Euro-Grundstücksvertrag zwei Jahre lang dem Gemeinderat vorenthalten wird. Auch in die im April 2009 bejubelte Finanzplanung mit den ÖVP-Größen Dr. Tau und Dr. Haiden sind diese vier Millionen nicht eingeflossen! Dies zeigt, dass die damalige Ankündigung, „das Budget 2009 ist trotz Krise ohne Neuverschuldung zu halten“, schon damals Propaganda war. Die Realität der Krise hat diese Jubelmeldungen widerlegt. Mit September musste man als de facto Offenbarungseid für 2009 die Einstellung der Darlehensrückzahlungen beschließen lassen! Natürlich im geheimen Teil der Gemeinderatssitzung.



Die Baubewilligung auch dieses Hauses wurde wegen Rechtswidrigkeit vom VWGH aufgehoben. Die Stadt als Baubehörde hat Anrainerrechte verletzt!

Kontrolle und Transparenz: Das alte Spiel, lästige Prüfberichte werden „zur Kenntnis genommen“ und bleiben ohne Konsequenzen. Kontrolle so wenig wie möglich und dann nur das, was die VP-Mehrheitsfraktion kontrollieren lassen will. Prüfaufträge an das Kontrollamt, als Minderheitenrecht gibt es sie nicht!

Auf meine Frage, ob er das Budget 2008 verstanden habe, verneinte ein Neuer im Gemeinderat mit den Worten: „Ich wurde Handheber“. Logisch, denn erklärende Erläuterungen zu den zehntausenden Zahlenpositionen in Budgetentwürfen gibt es schon lange nicht mehr. Mandatare sollen eben nur zustimmen, nicht verstehen.



Die unschönen Details des Bürgerspitalsskandals hält man noch immer im Dunkeln. Wen schützt man? Negative Sachen werden in den nichtöffentlichen Teil der Gemeinderatssitzungen geschoben und nicht kommuniziert, jeder Hoffnungsschimmer als Jubelmeldung in allen Medien verbreitet. Das Stadtjournal Krems verkommt so zur einseitig informierenden VP-Postille auf Kosten der Stadt.

Wieso? Wenn man als Partei und Mandatar nur an Machterhalt und an reichlich sprudelnde Geldquellen denkt, erscheint dieses Handeln logisch. Wenn man, wie hinausposaunt, nur für Stadt und Bürger da ist, wäre freilich mehr Transparenz und Ehrlichkeit (auch bei Fehlern) in der Information gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern angebracht.

Träumer: Vielleicht bin ich ein überkritischer Bürger. Vielleicht auch einer der wenigen, der die Rechnungshofberichte der letzten zehn Jahre über Krems gelesen hat und sich Höchstgerichtsurteile zu unserem Verwaltungsvollzug aus dem Internet sucht. Aber ich habe einen Traum: „Krems, eine finanziell gesunde, sauber verwaltete Stadt, die ihren Bürgern Mitbestimmungs- und Entwicklungsmöglichkeiten, ohne Rücksicht auf Parteibuch oder Reichtum bietet.“

Aber wenn viele das Gleiche träumen, können Visionen wahr werden. Martin Luther King hatte seinen Traum von Gleichberechtigung der Farbigen in den USA. Lange nach seiner Ermordung ist dort ein Farbiger Präsident.

Ich wünsche Krems, dass mein Traum wahr wird – wenn möglich bald!

Ihr

Spektakuläre Deserteur-Gedenktafel-Setzung

Auf Initiative des Kremser Historikers Dr. Robert Streibel und Gerhard Pazderka, Enkel eines 1945 ermordeten politischen Gefangenen, wurde am 10. Oktober in Krems eine Gedenkveranstaltung mit Setzung von Deserteur-Gedenktafeln durchgeführt.

„Heute ist ein besonderer Tag, denn heute wird die Ausstellung ‚Eine Stadt biographiert sich selbst‘ im Kunstraum Krems-Stein eröffnet. Wir haben die Aufforderung ernst genommen und wollten sicher gehen, dass in dieser Biographie auch alle Seiten gefüllt sind“, sagte Streibel. Und: „Wir feiern heute eine Premiere, denn heute werden wir das erste Denkmal für Deserteure eröffnen, nicht irgendwo, sondern im Alltag, mitten in der Stadt. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit, denn wenn Österreich das erste Opfer des Nationalsozialismus war, dann müsste es erste patriotische Pflicht gewesen sein, den Dienst in der Wehrmacht zu verweigern.“

„Dieses Denkmal, diese Meile der Deserteure, ist nicht genehmigt, wir haben nicht gefragt“, bekannte Streibel, der nur die Veranstaltung, nicht aber die Denkmalsetzung anmeldete. Aber: „Wer fragt, wenn etwas selbstverständlich ist? Fragen Sie, ob Sie atmen dürfen? Die Tafeln stehen dort, wo sie stehen sollen: hier auf dem Südtirolerplatz, denn hier wurden drei Männer, die mit ihrer Einheit desertiert sind, gehängt; und dann beim Denkmal von Karl Eibl, diesem höchst dekorierten General der Deutschen Wehrmacht von ‚Niederdonau‘ und dann beim Sappeurdenkmal für die ‚Helden der Pflicht‘ des Ersten Weltkrieges.“

„Illegale Gedenktafeln“ behördlich weggeräumt

Rund 50 Personen hatten sich an der Denkmalsetzung in Krems beteiligt. Gekommen waren u. a. GR Andrea Bergmeier (SPÖ), GR Franz Kral (KPÖ), Richard Wadani und Dr. Thomas Geldorfer vom Verein für Gerechtigkeit für die Opfer der Militärjustiz und die Nachkommen des Krem-



ser Deserteurs Karl Mörwald. Die VP-Stadtspitze aber auch die Grünen fehlten leider. Mit der FPÖ war sowieso nicht gerechnet worden.

Am Ende der Veranstaltung stellten sich alle die Frage, wie lang diese Tafeln wohl stehen bleiben würden. Nicht lange, wie sich herausstellte. Am Montagmorgen, 12. Oktober, waren die Tafeln verschwunden. Nicht „Ewiggestrige“ hatten sie entfernt, sondern die Stadtbehörde per „amtswegigem Einschreiten“. Wie lautete extra ein Hinweis auf den Tafeln: „Wer diese Tafeln beschädigt oder entfernt macht sich am Verschweigen und Verharmlosen als Nationalsozialismus mitschuldig.“

Wie lautet der Artikel 19 der UN-Menschenrechtserklärung:

„Jeder hat das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung; dieses Recht schließt die Freiheit ein, Meinungen ungehindert anzuhängen sowie über Medien jeder Art und ohne Rücksicht auf Grenzen Informationen und Gedankengut zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.“

Aber diese scheint in der Magistratsdirektion unbekannt, denn den Teilnehmern der Gedenktafel-Setzung droht eine Verwaltungsstrafe. Streibel blickt einem allfälligen Verfahren gelassen entgegen: „Ich glaube nicht, dass einer der Beteiligten eine Strafe bezahlen wird. Für diese Sache gehen wir auch ins Gefängnis.“

Das Personenkomitee will bei der Stadtverwaltung will noch einen offiziellen Antrag auf Errichtung eines fixen Denkmals für Deserteure auf öffentlichem Grund einbringen. Bürgermeisterin Inge Rinke (ÖVP) signalisierte Gesprächsbereitschaft.

Erich Stöckl



KULTUR MITTE
3500 KREMS - OBERE LANDSTRASSE 8

Letzte Ausstellung im Jubiläumsjahr „15 Jahre Kultur Mitte“

Enormer Andrang, auch an Ehrengästen, herrschte bei der

Eröffnung der **Ausstellung** der Fotokünstler **Dietmar Kurzmann**

und **Josef Brunner**. Der Titel **„Querschnitte“** fasste den Bogen der wunderbaren Fotoarbeiten von scheinbaren Schnapshots aus dem Fenster über Reisebilder aus fernen Ländern und Naturaufnahmen zusammen.

Prof. Friedrich brachte das Künstlerische dieser Arbeiten in seiner Laudatio auf den Punkt: „Es beginnt beim Sehen ...“.

Damit ist der Unterschied zum Schnapschuss gegeben.

Viel Liebe zum erlernten Beruf der Fotografin zeigte Bgm. Inge Rinke in ihrer Eröffnungsrede.

Beeindruckende Aufnahmen in einer großartigen Ausstellung. Ein würdiger Abschluss dieses Jubiläumjahres!



GR Franz Kral, Dr. Brunner, Bgm. Inge Rinke, Prof. Kurzmann und Prof. Friedrich bei der Vernissage der Fotoausstellung „Querschnitte“.

Österreichs Parteienfinanzierung, die teuerste der Welt!

(Fortsetzung von Seite 5)

ihre Werbeabteilungen ja immer von den enormen Werbebudgets der Parlamentsparteien ein Stück abhaben wollen.

Seit Kanzler Faymann Inserate im „Österreich“ statt in der „Krone“ schaltete, werden als Negativreaktion im beliebten Kleinformat plötzlich Pröll im Doppelpack statt Faymann hochgejubelt.

Wir halten fest, dass weder die KPÖ noch die „Kremser Nachrichten“ Parteien- oder Presseförderungen erhalten. Unsere Mandatäre arbeiten unentgeltlich, Bezüge werden für die unabhängige Bürgerinformation verwendet.

Mag. Wolfgang Mahrer

